

16.06.2016

RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Ing. Ebner

zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2017,
LT-987/V-4-2016

betreffend **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde ursprünglich als Unterstützungsmaßnahme für Menschen geschaffen, die sich wieder in den Arbeitsmarkt integrieren sollen und war bzw. ist als Überbrückungsmaßnahme gedacht. Die Zuwanderung schlägt sich auch in diesem Budgetabschnitt massiv zu Buche: Die Kosten dafür sind für 2017 mit 95 Millionen Euro veranschlagt.

Die Entwicklung im Bereich der Zuwanderung und die damit zusammenhängende Kostensituation machen auf politischer Ebene Maßnahmen nötig. Hinsichtlich des oberösterreichischen Modelles stehen verfassungsrechtliche Bedenken im Raum. Es ist daher angebracht, das in Oberösterreich in Umsetzung stehende Modell der Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte auch für Niederösterreich zu prüfen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Situation in Oberösterreich zu beobachten und bei weiteren Überlegungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der bedarfsorientierten Mindestsicherung zu berücksichtigen.“